

Das Wochenmagazin der SPÖ



Aktuell

„Österreich 2020“:
Kommentar von MEP Jörg
Leichtfried zur Zukunft der EU

17. Dezember 2010
Nr. 43 • 0,73 Euro

Zuwanderung:

Rot-Weiß-Rote Regeln für unseren Arbeitsmarkt

INTERN

Im Regierungsprogramm war das Vorhaben bereits festgelegt – jetzt kommt die Rot-Weiß-Rot-Karte für die bedarfsorientierte Zuwanderung. Durch diese Maßnahme, die 2011 parlamentarisch beschlossen werden soll, werden künftig nicht mehr Migranten in Österreich arbeiten als mit der derzeitigen Quotenregelung, aber es werden besser qualifizierte Arbeitnehmer nach Österreich kommen. Lücken am Arbeitsmarkt werden dadurch geschlossen, was letztlich positive Effekte für das Wirtschaftswachstum hat.

Wichtig ist bei den neuen Regeln für Zuwanderer: Vorrang haben die österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zusätzliche Fachkräfte können daher nur dann mit der Rot-Weiß-Rot-Karte legal nach Österreich kommen und hier arbeiten, wenn ein Arbeitskräftemangel besteht. Ist das nicht der Fall, wird es in der betreffenden Branche auch keine Zuwanderung geben.

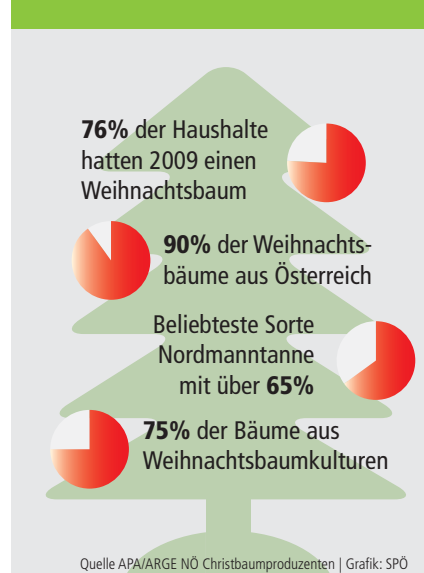
Mit dieser Ausgabe verabschieden wir uns für dieses Jahr, wünschen unseren Leserinnen und Lesern schöne und erholsame Feiertage sowie ein gutes neues Jahr 2011.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Rot-Weiß-Rot-Karte	4
Interview mit Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer	5
Korruption: Citytower und Telefonprotokolle	6
Bundesheer	7
„Österreich 2020“-Kommentar von MEP Jörg Leichtfried zur Zukunft der EU	14

Der Weihnachtsbaum in Zahlen



Der Weihnachtsbaum: Ein Dauerbrenner im grünen Kleid

Er gehört zu Weihnachten wie Schnee und Geschenke. Die Rede ist vom Weihnachtsbaum, der sich bei den Österreicherinnen und Österreichern ungebrochener Beliebtheit erfreut. Im letzten Jahr stand in über drei Viertel aller Haushalte ein festlich geschmückter Weihnachtsbaum. Besonders erfreulich: 90 Prozent der Weihnachtsbäume, also rund 2,2 Millionen, stammten aus Österreich.

Zitat der Woche

„Bildungspolitik ist für einen Kuhhandel ungeeignet.“

Bundeskanzler Werner Faymann



Staatssekretär Josef Ostermayer: „Mit der Handy-Signatur hat Österreich einen weiteren innovativen Baustein für ein effizientes E-Government geschaffen.“

E-Government-Ranking 2010: Österreich erneut auf Platz 1

Im Rahmen der E-Government Konferenz in Brüssel wurde das Ergebnis des EU E-Government Benchmarks 2010 veröffentlicht. Dabei erreichte Österreich erneut Platz 1. Der für E-Government zuständige Medienstaatssekretär Josef Ostermayer betonte dazu: „Mit dem neuerlichen 1. Platz bestätigt die EU die Vorreiterrolle Österreichs im E-Government. Um diesen Vorsprung zu halten, müssen wir weiter beständig an Innovationen arbeiten. Im Jahr 2011 wird vor allem auch die Handy-Signatur im Mittelpunkt stehen. Das Handy haben die meisten Menschen inzwischen immer dabei, auf Reisen oder auch zu Hause. Damit können sie in vielen Alltagssituationen elektronische Angebote der österreichischen Verwaltung nutzen.“ Besonders Lob erhielt außerdem die Plattform „Digitales Österreich“. Ihre Arbeit wird in der Studie der Europäischen Kommission explizit als Beispiel für effiziente E-Government Koordination anerkannt.

Öffentlicher Dienst: Bund verzeichnet Lehrlings-Rekord

Mit 1.257 Lehrlingen ist der Bund einer der größten ausbildenden Arbeitgeber Österreichs.

Trotz der wirtschaftlich angespannten Situation und des steigenden Spardrucks ist es dem Bund gelungen, einen neuen Lehrlings-Rekord aufzustellen. 1.257 junge Frauen und Männer lassen sich derzeit in über 50 Berufen vom Bund ausbilden. „Ich bin stolz auf den Lehrlings-Boom im Bundesdienst“, so Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. 2004 hat der Bundesdienst mit der Lehrlingsausbildung begonnen – damals mit 273 Lehrlingen. „Das Lehr-

stellenangebot hat sich in nur sechs Jahren mehr als vervierfacht. Damit gehören wir zu einem der größten Lehrlingsausbilder in Österreich“, so Heinisch-Hosek. Die Spannweite der Ausbildungsbereiche im Bundesdienst ist vielfältig – von Verwaltungsassistenten über EDV-Technik und Gärtnerei bis hin zu KFZ-Mechanik.

Von Büro bis Werkstatt: Der Bund bietet Ausbildungen in den verschiedensten Bereichen an.





Von Profiteuren und volkswirtschaftlich Ahnungslosen

Es gibt nur zwei Gründe, gegenwärtig nach Privatisierungen zu rufen: Entweder man ist extrem vergesslich oder man hat massive Eigeninteressen. Warum es fatal wäre, Beteiligungen des Staates an beispielsweise ÖBB oder ORF zu verscherbeln.

Österreich blickt auf eine recht bewegte Geschichte erfolgreicher und weniger erfolgreicher Privatisierungen ehemals staatlicher Betriebe zurück. Positivbeispiele in den neunziger Jahren zeigten, dass unternehmensbezogene Lösungen Sinn machen. Die „Privatisierungen“ unter Schwarz-Blau hingegen waren überwiegend Verschleuderungsaktionen mit vielen Verlierern und ganz wenigen Profiteuren. Wer im Jahr 2010 nach dem Verkauf von beispielsweise ÖBB, ORF oder den anderen verbliebenen Staatsbeteiligungen schreit, hat entweder direkte wirtschaftliche Interessen an diesen Unternehmensanteilen oder ist volkswirtschaftlich ahnungslos.

Ein kurzer Blick zurück, wie man es nicht macht: Im November 2000 wurde die Telekom Austria an die Börse gebracht. Zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt, weil die Börsen damals weltweit nachgaben, insbesondere auch die Börse Wien. Die Telekom-Aktie wurde von Schwarz-Blau als „Volksaktie“ angepriesen. In Wahrheit hielten institutionelle Anleger gut 90 Prozent der Anteile. Die sich in beispielloser Geschwindigkeit von der Aktie trennten und so für einen massiven Kursrutsch sorgten. „Noch nie hat sich ein Finanzminister bei einer Privatisierung so verrechnet, wie Karl-Heinz Grasser bei der Telekom“, kommentierten Medien damals.

Im August 2001 wurde die Austria Tabak an einen britischen Tabakkonzern verkauft, der Erlös von 770 Millionen Euro wurde zur „Budgetsanierung“ verwendet. Wenige Jahre später waren die Gewinne, die das Unternehmen erwirtschaftete, bereits höher als der Verkaufserlös. Noch mehr: Die Wiener Börse verlor ihren zweitstärksten Titel. Und im Jahr 2005 gingen durch zwei Produktionsauffassungen auch noch 250 Arbeits-

plätze verloren. Toll gemacht. Weitere Beispiele „erfolgreicher Privatisierungen“: BUWOG, voestalpine, ...

In den letzten zehn Jahren sollen mindestens 25 Millionen Euro an „Provisionen“ für Privatisierungen und „Beratungsleistungen“ an Lobbyisten von FPÖ und BZÖ sowie deren Vertrauensleute geflossen sein. Das berichtet die Wiener Wochenzeitung „Falter“ nach Analyse der Gerichtsakten der Korruptionsbehörden.



Der Staat soll Beteiligungen an strategisch wichtigen Infrastrukturunternehmen im Interesse der Bevölkerung halten.

Es geht aber nicht nur ums Geld. Die Beteiligungen an strategisch wichtigen Infrastrukturunternehmen zu halten ist auch politisch sinnvoll, glaubt man an eine staatliche Verantwortung für das Allgemeinwohl. Wer die Anteile an Energieversorgung, öffentlichem Verkehr, Post und Telekommunikation verkauft, gibt die Entscheidungsmacht über diese zentralen Bereiche ab. Das kann niemand wollen, dem die Daseinsvorsorge der Bevölkerung am Herzen liegt. Manche Beteiligungen, wie die an der OMV, darf der Staat aus gesetzlichen Gründen gar nicht verkaufen, und es wäre auch nicht sinnvoll, da das Unternehmen Gewinne macht.

Wer hat heute also ein Interesse an welcher Privatisierung? Den ORF zu privatisie-

„Den ORF zu privatisieren hieße, einen reinen Unterhaltungssender zu schaffen, der Teil eines Unternehmens oder einer Bank wäre.“

ren hieße, einen reinen Unterhaltungssender zu schaffen, der Teil eines Unternehmens oder einer Bank wäre. In den wenigen verbliebenen Nachrichtensendungen des privatisierten Senders würde dann berichtet, wie es sich die neuen Besitzer wünschen. Einen öffentlich-rechtlichen Auftrag müsste so ein Sender ja nicht mehr beachten.

Das Argument, mit einem Verkauf des ORF, den ÖBB oder anderen Betrieben würde zu mehr Professionalität wegen fehlender Einflussnahme führen, ist scheinheilig. Was wäre gewonnen, wenn ein einzelnes Unternehmen oder eine Bank sagt, wohin ein Zug fährt, was die Blattlinie oder „ein öffentlicher Auftrag“ ist? Nichts, außer der fehlenden demokratischen Legitimation, fehlender demokratischer Kontrolle und fehlender demokratischer Sanktionsmöglichkeiten (wie Abwahl). Deshalb sollten Politiker Politik machen und sich nicht ins operative Geschehen diverser Unternehmen einmischen. Gleichzeitig darf der Staat – und damit die Österreicher – strategisch und demokratiepolitisch wichtige Beteiligungen nicht verscherbeln. Beides ist vereinbar. Was es hingegen wirklich nicht mehr braucht, ist die Privatisierungsagentur ÖIAG. Die Holding hält im Wesentlichen nur mehr die Beteiligungen an OMV, Telekom und Post. Man könnte sich also längst die überbezahlten Manager der ÖIAG sparen und die Beteiligungen von den zuständigen Ministerien verwalten lassen. ♦

Wikimedia Commons-Verbund

BESCHÄFTIGUNG

Klare Regeln für Zuwanderung

Durch das neue Zuwanderungssystem Rot-Weiß-Rot-Karte werden Lücken am heimischen Arbeitsmarkt dort gefüllt, wo Hochqualifizierte, Schlüsselkräfte und Arbeitskräfte in Mangelberufen fehlen.

HINTERGRUND

Wie funktioniert die Rot-Weiß-Rot-Karte?

1. Welche Arten der RWR-Karte gibt es?

Die Rot-Weiß-Rot Karte (RWR-Karte) wird die Niederlassungsbewilligung für Schlüsselkräfte ersetzen und in zwei Varianten ausgestellt:

- ▶ RWR-Karte: berechtigt zur Niederlassung und zur Beschäftigung bei einem bestimmten Arbeitgeber.
- ▶ RWR-Karte plus: berechtigt zur Niederlassung und zum unbeschränkten Arbeitsmarktzugang.

2. Was sind die wichtigsten Kriterien?

Die wichtigsten Kriterien sind: Qualifikation, Berufserfahrung, Alter, Sprachkenntnisse, Mindestentlohnung. In diesen Kategorien werden jeweils Punkte vergeben. Die Zulassungsvoraussetzungen sind für besonders hochqualifizierte Personen, Fachkräfte in Mangelberufen und Schlüsselkräfte den jeweiligen Anforderungen entsprechend unterschiedlich geregelt. Für Schlüsselarbeitskräfte ist eine monatliche Mindestentlohnung vorgesehen, die sich an der ASVG-Höchstbeitragsgrundlage orientiert.

3. Wie werden Mangelberufe definiert?

Die Mangelberufe werden vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK) im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium (BMWFJ) auf Vorschlag eines sozialpartnerschaftlichen Gremiums in einer Verordnung jährlich festgelegt. Als Mangelberufe gelten Berufe, für die pro gemeldete offene Stelle höchstens 1,5 Arbeitslose vorgemerkt sind.



Lehmann

Mit der Rot-Weiß-Rot-Karte wird die Zuwanderung an die Erfordernisse des Arbeitsmarkts angepasst.

Der Ministerrat hat vergangene Woche zum letzten Mal die traditionelle Zuwandererquote verabschiedet. Die Niederlassungsverordnung für das Jahr 2011 sieht wie schon heuer 8.145 Quotenplätze für Migranten aus dem Nicht-EU-Raum vor. Ab 2012 wird diese starre Quotenregelung durch ein neues, kriteriengeleitetes Zuwanderungssystem ersetzt, das den Bedürfnissen des österreichischen Arbeitsmarkts entspricht: Der Rot-Weiß-Rot-Karte. Mit der RWR-Karte wird ein neues Zuwanderungssystem für qualifizierte Arbeitskräfte auf Basis eines Punktesystems eingeführt. Damit sollen Lücken am heimischen Arbeitsmarkt geschlossen werden. Bereits ab 2015 ist ein Mangel an jungen Arbeitskräften absehbar. Ohne Migration würde die Zahl der 20- bis 24-Jährigen bis 2025 (im Vergleich zu 2010)

um mehr als 114.000 sinken und die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) im selben Zeitraum um über 400.000 zurückgehen. „Der Rückgang an Menschen im erwerbsfähigen Alter wird in den nächsten 10 bis 15 Jahren nicht nur zu einem Arbeits- und vor allem Fachkräftemangel führen, sondern auch das Sozialsystem unter Druck bringen. Mit der Rot-Weiß-Rot-Karte geben wir eine Antwort auf diese Entwicklung“, so Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer.

Mehr Wachstum durch qualifizierte Zuwanderung

Durch die Zuwanderung Hochqualifizierter sind keine Verdrängungseffekte zu erwarten. Ihre Kenntnisse und Fähigkeiten ergänzen die in Österreich vorhandenen, so-

qualifizierte

dass die Beschäftigung von hochqualifizierten Zuwanderern zusätzliche Arbeitsplätze und Wachstumsimpulse schaffen wird. „Qualifizierte Zuwanderer bringen für Österreich deutliche Vorteile für die Arbeitsmarktentwicklung und letztlich ein höheres Wirtschaftswachstum. Davon profitieren Arbeitsmarkt, Wirtschaftssystem und das Sozialsystem“, so SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. Der SPÖ-Nationalratsabgeordnete sieht in der Rot-Weiß-Rot-Karte auch ein „wichtiges Signal für ausländische Absolventinnen und Absolventen von österreichischen Universitäten und Fachhochschulen.“ Bisher war es diesen qualifizierten, gut integrierten jungen Menschen nur schwer möglich, eine Arbeit in Österreich aufzunehmen. Um nach ihrem Abschluss in Österreich bleiben und arbeiten zu können, müssen sie ein gewisses Mindesteinkommen nachweisen, das bisher unrealistisch hoch angesetzt war. „Durch die Herabsetzung dieses Mindestlohns auf 45 Prozent der ASVG-Höchstbeitragsgrundlage – das entspricht im Jahr 2010 rund 1.800 Euro, geben wir diesen jungen Menschen eine Chance, die in Österreich erworbenen Qualifikationen auch am heimischen Arbeitsmarkt nutzen zu können“, betonte Kräuter.

Arbeitsmarktzugang für Familienangehörige wird verbessert

Alle Familienangehörigen von Inhabern einer RWR-Karte und von bereits niedergelassenen Drittstaatsausländern erhalten eine RWR-Karte Plus mit unbeschränktem Arbeitsmarktzugang, wenn sie Grundkenntnisse der deutschen Sprache nachweisen können. Damit wird der Arbeitsmarktzugang für Familienangehörige deutlich verbessert. Auch Verteidigungsminister Norbert Darabos, der für die SPÖ die Bereiche Integration und Asyl betreut, begrüßt die mit der Rot-Weiß-Rot-Karte verknüpften Regeln für Familienangehörige. „Deutschkenntnisse sind der Schlüssel zu gelungener Integration“, so der Minister. ♦

INTERVIEW

„Vorrang hat der österreichische Arbeitnehmer“

Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer spricht mit „SPÖ Aktuell“ über die Notwendigkeit eines neuen, kriteriengeleiteten Zuwanderungssystems und warum Österreich auf qualifizierte Zuwanderer nicht verzichten kann.



Zimmer

„Durch die Rot-Weiß-Rot-Karte werden nicht mehr Menschen zuwandern als jetzt, sondern besser qualifizierte.“

Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer

Die neue Rot-Weiß-Rot-Karte wird das bisherige Quotensystem durch ein kriteriengeleitetes System ersetzen. Worin liegen die Vorteile?

Hundstorfer: Das bisherige Quotensystem war starr und unflexibel. War die Quote erfüllt, konnten selbst hochqualifizierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten nicht mehr nach Österreich kommen. Das neue kriteriengeleitete System entspricht den Bedürfnissen des österreichischen Arbeitsmarktes.

In Österreich gibt es immer noch viele arbeitsuchende Menschen. Warum brauchen wir trotzdem ausländische Arbeitskräfte?

Hundstorfer: Auch bei Arbeitslosigkeit von unqualifizierten Arbeitskräften ist gleichzeitig in bestimmten höher qualifizierten Segmenten des Arbeitsmarktes ein zusätzlicher Bedarf an Arbeitskräften zu erwarten. Aufgrund der demographischen Entwicklung schrumpft der Anteil der Erwerbsbevölkerung, gleichzeitig wächst die Gesamtbevölkerung. Das führt nicht nur zu einem Mangel an jungen Arbeitskräften, sondern würde auch unser Sozialsystem unter Druck bringen. Um Österreichs Sozialsystem nachhaltig zu sichern, den Wirtschaftsstandort zu stärken und unser Land international wettbewerbsfähig zu halten, braucht es qualifizierte Zuwanderung. ♦

Für Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer steht fest: Durch die Rot-Weiß-Rot-Karte werden Lücken am heimischen Arbeitsmarkt geschlossen.

„SPÖ Aktuell“: Die neue Rot-Weiß-Rot-Karte wird ein Anreizsystem für qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland schaffen. Glauben Sie, dass dadurch noch mehr Menschen nach Österreich zuwandern werden?

Rudolf Hundstorfer: Nein, durch die Rot-Weiß-Rot-Karte werden nicht mehr Menschen zuwandern als jetzt, sondern besser qualifizierte. Klar dabei ist in jedem Fall: Vorrang hat der in Österreich lebende Arbeitnehmer. Fachkräfte können etwa nur dann zuwandern, wenn ein Mangel vorliegt. Besteht kein Mangel, wird es in dem betreffenden Segment auch keine Zuwanderung geben.

KORRUPTION

Grasser-Telefonprotokolle vor Veröffentlichung

800.000 Euro hatte Grasser-Spezi Walter Meischberger an Provisionen von der Firma Porr kassiert. Da er sich nicht mehr erinnern konnte, wofür, suchte er ein „freundschaftliches Beratungsgespräch“ mit Ex-Finanzminister Grasser.

Die Wochenzeitung „Falter“ berichtete exklusiv über Telefonate von Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser mit seinem Trauzeugen, Ex-FPÖ-Politiker Walter Meischberger. Ermittler hatten diese aufgezeichnet. „Meischi“ konnte sich nicht mehr erinnern, wofür er von der Firma Porr für „Beratungsleistungen“ 800.000 Euro kassiert hatte und telefonierte diesbezüglich mit Grasser. Grasser-Anwalt Wolfgang Ainedter spricht von einem „harmlosen Rat eines Freundes“. Es sei aber „keinesfalls der Versuch, Einfluss auf seine Aussage zu nehmen“. Monate zuvor versicherte Grasser noch, „stinksauer“ auf Meischberger zu sein, weil dieser gemeinsam mit Peter Hochegger rund 10 Millionen Euro im Zuge der Buwog-Privatisierung einstreifte und vor der Finanz verheimlichte. Für alle Beteiligten gilt freilich die Unschuldsvermutung.

Die Telefonprotokolle dürften wesentliche Aufschlüsse für die Ermittlungen rund um den Korruptionsverdacht bei der Privatisierung von Buwog-Wohnungen und der Übersiedlung von Finanzbeamten in Gebäude der Firma Porr liefern. Die gesamte „Meischberger-Grasser-Plech-Connection“ sei „am Rande einer Verhaftungswelle“ angelangt, kommentierte SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter die neuen Erkenntnisse.

Eine ungeschwätzte Veröffentlichung der „freundschaftlichen Beratungsgespräche“ ist aus medienrechtlichen Gründen allerdings noch nicht möglich. Kräuter fordert daher von Grasser, einer unzensurierten Veröffentlichung zuzustimmen. Im Falle einer Verweigerung bietet er „zum medienrechtlichen Schutz“ die



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter drängt auf eine Veröffentlichung der Telefonprotokolle von Grasser und „Meischi“.

Darstellung der Abhörprotokolle in einer parlamentarischen Anfrage an. Kräuter kann sich überdies vorstellen, wesentliche Passagen vor dem Nationalrat im Zuge der Budgetdebatte vorzustellen. ♦

KLIMASCHUTZ

Bayr fordert Vorreiterrolle der EU bei CO2-Reduktion

Nach dem mäßig erfolgreichen Klima-Gipfel von Cancun plädiert SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayer dafür, dass die EU bei der Reduktion von Treibhausgasen mit gutem Beispiel vorangeht.

Für Bayr sind die Ergebnisse der Weltklimakonferenz in Cancun, Mexiko, eine Enttäuschung. „Es fehlen verbindliche Ziele für eine Reduktion der Treibhausgase“, bedauert Bayr. Diese wären jedoch dringend notwendig, wenn das angestrebte Ziel, die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius zu beschränken, erreicht werden soll. Noch immer fehle der internationalen Staatengemeinschaft damit ein effektiver Nachfolgevertrag für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll, so Bayr. Die SPÖ-Bereichssprecherin für Umwelt und globale Entwicklung fordert daher, dass die Europäische Union hier mit gutem Beispiel vorangeht: „Die EU muss sich selbst ein striktes Ziel zur Reduktion von Treibhaus-



Um die Erderwärmung einzudämmen, müssen die weltweiten CO2-Emissionen drastisch reduziert werden.

gasen setzen. 30 Prozent weniger bis 2012 wäre eine sinnvolle Zielvorgabe“, so Bayr. Ein Alleingang der EU sei nicht nur tech-

nisch und wirtschaftlich möglich, sondern notwendig. Dieser dürfe nun nicht „aus Trotz oder Sturheit verweigert werden“, appelliert Bayr an die EU-Staaten.

Erfreulich sei, dass in Cancun der „Green New Climate Fund“ vereinbart wurde, der arme Länder mit 100 Milliarden Euro bei der Erreichung ihrer Klimaziele unterstützen soll. Die unbedingte Notwendigkeit, beim Klimaschutz international zusammenzuarbeiten, hatte Bayr bereits im Vorfeld des Weltklima-Gipfels betont: „Nur ein gemeinsamer Kraftakt aller Staaten kann bewirken, die bereits erfolgte Erwärmung des Weltklimas auf 2 Grad Celsius zu begrenzen und damit diesen Planeten als für den Menschen gut bewohnbar zu erhalten.“ ♦

LANDESVERTEIDIGUNG

Internationale Experten präsentieren Wehrsysteme in Wien

Verteidigungsminister Norbert Darabos lud zu einer internationalen Konferenz, um unterschiedliche Wehrsysteme zu vergleichen. Die Ergebnisse will er für die Zukunft des Österreichischen Bundesheeres nutzen.

Zu einer Konferenz unter dem Titel „Europäische Wehrsysteme im Vergleich“ kamen hochrangige Vertreter aus ganz Europa ins Wiener Hilton-Hotel, um das Wehrsystem ihres Landes zu präsentieren und es zur Diskussion zu stellen. Vertreter aus Belgien, der Schweiz, Deutschland, Dänemark, Finnland, Ungarn, der Slowakei, Slowenien und Schweden folgten der Einladung von Verteidigungsminister Norbert Darabos, der die Konferenz als Beitrag zur laufenden Wehrpflichtdebatte sieht. „Sie soll den politischen und öffentlichen Meinungsbildungsprozess unterstützen und zur Versachlichung beitragen“, so Darabos. Die zukünftige Organisation des Österreichischen Bundesheeres sieht der Verteidigungsminister als eine zentrale gesellschaftspolitische Frage. „Der Auftrag an das Bundesheer muss Akzeptanz in allen Gesellschaftsgruppen finden und von einer großen Mehrheit mitgetragen werden“, so der Minister.

Fit für zukünftige Herausforderungen

In seinem Statement unterstrich Darabos, dass sich das bisherige Mischsystem – bestehend aus Berufssoldaten, Miliz und Präsenzdienern – für Österreich bisher bewährt hat. Dennoch tritt er für eine offene Debatte ohne Scheuklappen über die Zukunft des Bundesheeres ein: „Wir müssen uns ständig bemühen, unser Wehrsystem an die zukünftigen Aufgaben anzupassen.“ Diese haben sich freilich in den letzten Jahren deutlich gewandelt. Für die nächste Dekade sind Bedrohungen im konventionell militärischen Sinn nicht absehbar, der klassische Auftrag der Landesverteidigung rückt daher in den Hintergrund.

Grundpfeiler der zukünftigen Aufgaben des Heeres bleiben jedenfalls die verfassungsmäßig geregelten Aufgaben Landes-



Verteidigungsminister Norbert Darabos lud internationale Experten zu einer Konferenz zum Thema Wehrsysteme.



Geänderte sicherheitspolitische Lage: Das Österreichische Bundesheer braucht künftig weniger schweres Gerät. Das bedeutet das Aus für den Jagdpanzer „Kürassier“ (im Bild) und den Schützenpanzer „Saurer“.

verteidigung, Katastrophenschutz, Assistenzeinsatz und die Teilnahme an Friedensmissionen. „Das Heer ist für die Sicherheit Österreichs unerlässlich. Es bleibt die ultimatio der Republik für Not- und Krisensituationen aller Art“, so Darabos. Damit erteilte der Minister auch jenen „sicherheitspolitischen Geisterfahren“ eine klare Absage, die die endgültige Abschaffung des Österreichischen Bundesheeres fordern.

Modelle in Arbeit

Bis Ende des Jahres werden vom Verteidigungsministerium mehrere Wehrsystemmodelle erarbeitet, in die die Ergebnisse der Enquete einfließen werden. Der Öffentlichkeit sollen die unterschiedlichen Modelle 2011 präsentiert werden. Sie sollen als Diskussionsgrundlage dienen. Am Ende dieses Prozesses wird die Bevölkerung in die Entscheidung über das zukünftige

System eingebunden. Auch eine neue Sicherheitsdoktrin ist in Arbeit. Sie wird demnächst dem Parlament übermittelt.

Leichtes, bewegliches Gerät

Im Zeichen der geänderten sicherheitspolitischen Voraussetzungen steht auch das jüngste Vorhaben von Minister Darabos, wonach das Österreichische Bundesheer schweres Gerät reduzieren wird. Mehr als die Hälfte der Panzer werden verkauft oder verschrottet. „Die Sicherheitslage und die Aufgabenstellung des Bundesheeres erlauben, den Umfang der Panzerflotte drastisch zu reduzieren“, so der Verteidigungsminister. Für Auslandseinsätze wird es weiterhin robustes Gerät zum Schutz der Soldatinnen und Soldaten geben, auch die Kenntnisse im Panzerbereich werden aufrechterhalten. Mittel- und langfristig wird sich das Bundesheer auf leichtes, geschütztes, hochbewegliches und möglichst lufttransportfähiges Gerät konzentrieren. ♦

EU-BÜRGERINITIATIVE

Mehr Mitbestimmung für EU-Bürger

Nach dem EU-Außenministerrat einigte sich nun auch das Europäische Parlament auf das Instrument einer EU-weiten Bürgerinitiative. Damit wird die direkte Demokratie entscheidend gestärkt.



Die EU-Bürgerinitiative macht Europa demokratischer und gibt den Menschen die Möglichkeit, selbst Gesetze zu initiieren.

Die SPÖ-EU-Delegation stimmte im Europäischen Parlament für die Möglichkeit, künftig mittels Bürgerinitiativen Anliegen in die EU-Gremien zu tragen. Für den Vizepräsidenten der so-

zialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, Hannes Swoboda, ist das ein wichtiger Schritt, „Europa den Menschen näherzubringen“. SPÖ-EU-Delegationsleiter Jörg Leichtfried sieht darin ebenfalls einen „ersten und wichtigen Schritt in Richtung Demokratisierung der EU“. Bundeskanzler Werner Faymann kündigte bereits letzten Sommer gemeinsam mit SPD-Chef Sigmar Gabriel an, von einer Bürgerinitiative Gebrauch zu machen, sollten sich die EU-Gremien nicht bald auf

eine Finanztransaktionssteuer einigen. Mindestens eine Million Unterstützerinnen und Unterstützer müssen für eine Petition auf EU-Ebene vorhanden sein. Überdies müssen sich daran wenigstens ein

Viertel der 27-Mitgliedsstaaten beteiligen, um den Prozess in Gang zu setzen. Ist die EU-Petition angemeldet, haben die Organisatoren zwölf Monate Zeit, um Unterstützungsunterschriften für die Gesetzesinitiative zu sammeln. In jedem EU-Staat muss dafür eine bestimmte Mindestanzahl an Unterschriften gesammelt werden – für Österreich sind es 12.750 Stimmen. Um entsprechende Transparenz zu wahren, müssen die Initiatoren auch die Finanzierung ihrer Bürgerinitiative offenlegen. Ab 2012 kann das Instrument der Bürgerinitiative in Kraft treten. Ein Jahr haben die EU-Staaten nun Zeit, die dafür notwendigen Voraussetzungen in der nationalen Gesetzgebung zu schaffen.

Nationalrat und Bundesrat haben sich in Österreich bereits mehrfach in den Verhandlungsprozess zur Bürgerinitiative eingebracht. „Uns war dabei ein möglichst einfacher Zugang zur Bürgerinitiative ein besonderes Anliegen“, so SPÖ-EU-Sprecherin Christine Muttonen. ♦

GESUNDHEIT

Mehr Sicherheit bei Spielsachen

Noch immer werden für die Herstellung von Kinderspielsachen gefährliche Substanzen verwendet. Dagegen kämpft SPÖ-Europapabgeordnete Karin Kadenbach.

Fotolia



Kein Gift für Plastikente & Co: Die SPÖ setzt sich für die Gesundheit unserer Kinder ein.

Im Sommer hat der wissenschaftliche Ausschuss Gesundheits- und Umweltrisiken ein Gutachten über chemische Substanzen in Spielzeug veröffentlicht. Das Ergebnis ist verheerend. Die Chemikaliengrenzwerte sind viel zu hoch und somit unzureichend. Daher fordert die SPÖ-Europaparlamentarierin Karin Kadenbach die EU-Kommission auf, die Grenzwerte strenger zu regeln und die Verwendung von krebserregenden sowie erbgutverändernden Chemikalien wie Polzyklische Aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) so niedrig wie möglich zu halten. „Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Regelungen für PAK in Autoreifen strenger sind als die für PAK in Spielzeug“, sagt die Gesundheitspolitikerin. ♦

INNOVATION

Patentschutz einfacher und billiger

Der Ministerrat hat grünes Licht für die Teilnahme Österreichs an der verstärkten Zusammenarbeit im Patentrecht gegeben.

Das EU-Patent verspricht eine wesentliche Entbürokratisierung, mehr Rechtssicherheit und geringere Kosten für Unternehmen, die ihre Innovationen EU-weit schützen lassen wollen. Damit wird sich Österreich, sobald noch offene Fragen zu den Kosten sowie rechtlichen Rahmenbedingungen geklärt sind, jenen bisher elf Staaten anschließen, die diese verstärkte Zusammenarbeit initiiert haben. Der Abbau von unnötigen bürokratischen Hürden „spart unseren innovativen Unternehmen Zeit, Aufwand und nicht zuletzt Geld“, so Infrastrukturministerin Doris Bures. An einer gesamteuropäischen Lösung wird weiterhin gearbeitet. ♦



Rigaud

Ministerin Bures sieht vor allem für kleine und mittlere Unternehmen einen Vorteil – sie werden sehr viel billiger Zugang zum EU-weiten Patentschutz bekommen.

UNIVERSITÄTEN

Nein zu Studiengebühren

Für die SPÖ kommen Studiengebühren nicht in Frage. Denn sie widersprechen dem SPÖ-Prinzip des freien Universitätszugangs, so Bundeskanzler Werner Faymann.

Die SPÖ ist gegen finanzielle und soziale Barrieren an den Universitäten. Daher hat die SPÖ die von Schwarz-Blau eingeführten Studiengebühren 2008 gegen die Stimmen der ÖVP abgeschafft. Seitdem drängt die ÖVP immer wieder auf Wiedereinführung dieser unsozialen Gebühren. Für die SPÖ dagegen ist klar: Die Studiengebühren werden nicht wieder eingeführt. Diese Position findet sich auch im gültigen Parteitagebeschluss.

Für die SPÖ steht fest, dass die Situation an den Unis verbessert werden muss: Es braucht gute Orientierungsphasen und keine Knock-Out-Prüfungen. Und wir brauchen ein Stipendiensystem, das für soziale Gerechtigkeit sorgt. Die jüngsten Äußerungen der SPÖ-Landeshauptleute sind daher als Anstoß für eine Debatte zur Verbesserung unseres Stipendiensystems zu verstehen. Bürgermeister Michael Häupl

hat betont, dass es vor allem darum geht, das Stipendiensystem auszuweiten, damit auch mehr Kinder aus den Mittelschichten partizipieren können.

Keine Wiedereinführung der Studiengebühren

Im Pressefoyer nach dem Ministerrat hat Bundeskanzler Werner Faymann das Nein der SPÖ zu Studiengebühren bekräftigt: „Wenn wir der Bevölkerung klar machen, dass wir die Studiengebühren als etwas betrachten, das den Grundsätzen der Sozialdemokratie entgegensteht, nämlich dem freien Zugang zu den Universitäten, dann gilt das für uns.“ Auch SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas sprach sich deutlich gegen Stu-



Bekräftigte das Nein der SPÖ zu Studiengebühren: Bundeskanzler Werner Faymann.

diengebühren aus: „Studiengebühren sind kein Thema für die SPÖ. Wir haben sie 2008 mit gutem Grund abgeschafft.“ ♦

BUNDESRAT

Abschied eines großen Föderalisten

Die Feierlichkeiten zum 90. Jahrestag des Bundesrates hat er noch abgewartet, dann überließ er seinem Nachfolger und neuen Fraktionschef Gerald Klug das Forum: Albrecht Konecny schied nach 23 Jahren aus dem Bundesrat aus.

Verlässlich, kompetent, immer einsatzbereit, hat er seine Arbeit als sozialdemokratischer Funktionär und Mandatar aber auch als Publizist und Journalist verrichtet“, würdigte SPÖ-Klubobmann Josef Cap den Fraktionschef der Länderkammer bei seinem Ausscheiden aus dem Bundesrat.

Albrecht Konecny war bereits als Student politisch aktiv. Er hat Demonstrationen gegen Professor Borodajkewycz organisiert, weil dieser NS-Gedankengut an der Universität verbreitete. Heu-



Den 90. Jahrestag des Bundesrats nahm sich Albrecht Konecny zum Anlass, um mehr Rechte für die Länderkammer einzufordern.

te fast schon ein Muss für einen politisch denkenden Studioso, sich auch mal per Demonstration für seine Anliegen einzusetzen, war dieses Mittel der Meinungsäußerung damals ein Novum. Pionier war der Soziologe auch in der Meinungsforschung. Konecny war Geschäftsführer des IFES-Instituts, als die Meinungsforschung in Österreich noch in den Kinderschuhen steckte. Er war Herausgeber der Arbeiterzeitung, später Chefredakteur des SPÖ-Theorieorgans „Zukunft“ sowie Leitender Sekretär der SPÖ.

Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter umriss die politische Person Konecny mit den Worten: „Ein intellektueller Politiker, immer gut für ein Bonmot, in Österreich und auf internationaler Bühne versiert und Sozialdemokrat vom Scheitel bis zur Sohle.“

Von der Notwendigkeit der Länderkammer war Konecny überzeugt. Ein föderalistischer Staat ohne Bundesrat wäre für ihn schlicht undenkbar. „Wenn es ihn nicht ohnehin gäbe, müsste man ihn erfinden“, befand Konecny in seiner mit Standing Ovationen aller Fraktionen akklamierten Abschiedsrede. Mit dieser forderte er neuerlich mehr Rechte für die Länderkammer ein – etwa eine Mitsprachemöglichkeit bei der Wahl der Volksanwälte und des Präsidenten des Rechnungshofs. ♦

GESUNDHEIT

Brustkrebs-Screening österreichweit

Gesundheitsminister Alois Stöger wird möglichst flächendeckende Brustkrebs-Untersuchungen für alle 50- bis 69-jährigen Frauen einführen. Das Budget dafür steht, nun müssen noch die geeigneten Radiologen ausgewählt werden.

Jede Frau zwischen 50 und 69 Jahren sollte alle zwei Jahre zur Mammografie gehen, so die Empfehlung der EU. Allerdings lassen sozial schlechter gestellte Frauen, Migrantinnen und auch die Alters-Risikogruppe diese Vorsorgeuntersuchung zu selten machen. Gesundheitsminister Alois Stöger hat nun einen Plan für ein flächendeckendes Brustkrebs-Screening entwickelt: 50- bis 69-jährige Frauen werden künftig persönlich per Brief zur Mammografie eingeladen. Die Schreiben gelten auch gleich als ärztliche Überweisung und werden aus dem Melderegister erstellt.

45 Mio. Euro jährlich werden Sozialversicherung und Gesundheitsministerium dafür zur Verfügung stellen. Offen ist noch die Zertifizierung der geeig-



Frauen ab 50 sollten alle zwei Jahre zur Mammografie – denn Früherkennung kann Leben retten.

neten Radiologieinstitute – dann sollen binnen 12 Monaten die Einladungen verschickt

werden. Fix sind auch die hohen Qualitätsstandards: Pro Patientin muss künftig ein Doppelbefund von zwei Ärzten erstellt werden, ein Radiologe muss mindestens 5.000 Mammografien im Jahr vorweisen, die Geräte dem EU-Standard entsprechen.

„Das ist eine der wichtigsten gesundheitspolitischen Vorsorgemaßnahmen“, so Alois Stöger. Brustkrebs ist die häufigste Krebserkrankung bei Frauen, ein Drittel der Frauen mit dieser Diagnose stirbt daran. Aber: Je früher Brustkrebs diagnostiziert wird, desto größer sind die Heilungschancen. In den Niederlanden etwa hat die Sterblichkeit bei den 55- bis 74-Jährigen 15 Jahre nach Einführung des Screenings um 25 Prozent abgenommen. ♦

ORTSTAFELN

„Nachbarschaftlicher Dialog wichtig für nachhaltige Lösung“

Staatssekretär Ostermayer beriet sich mit slowenischen Regierungsvertretern.



picturedesk

Staatssekretär Josef Ostermayer ist in der Ortstafel-Frage zuversichtlich: „Ich glaube, dass wir einer Lösung noch nie so nahe waren wie jetzt.“

Staatssekretär Josef Ostermayer hat die slowenische Regierung „über Fortschritte im Ortstafeldialog informiert“. Er kam in Ljubljana mit seinem Amtskollegen Boris Jesih sowie dem Minister für Auslands Slowenen, Bostjan Zeks, zusammen. Erhofft wird die Unterstützung Sloweniens bei den Bemühungen, bei der Ortstafel-Lösung auch alle Slowenen-Organisationen Kärntens ins Boot zu holen. Diese Organisationen werden maßgeblich von der slowenischen Regierung finanziert. ♦

BUCHPRÄSENTATION

„Mein verspieltes Land“

Einer der profundesten Kenner Ungarns, Prof. Paul Lendvai, analysiert in seinem neuen Buch „Mein verspieltes Land“ die politische Situation in Ungarn.

Rechtsextremismus, Roma-Feindlichkeit, Säuberung des Staatsapparates und der Kulturszene von linken und liberalen Persönlichkeiten: Der Publizist Paul Lendvai wirft einen kritischen Blick auf Ungarn. Er ist deswegen zur Hauptangriffsfläche von rechtsnationalistischen und antisemitischen Kräften geworden, die derzeit eine ungeheuer aggressive Kampagne gegen ihn und seine Analyse führen. Dem SPÖ-Klub war es daher ein besonderes Anliegen, dieses Buch in den parlamentarischen Räumlichkeiten zu präsentieren. ♦



SPÖ Klub

Staatssekretär Josef Ostermayer, Buchautor Paul Lendvai und Klubobmann Josef Cap bei der Buchpräsentation im Parlament

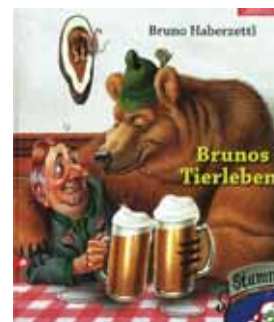
Karikatur

Brunos Tierleben

Im neuen Sammelband des Karikaturisten Bruno Haberzettl findet man nun die Werke, die sonntags auch in der „Kronen Zeitung“ zu bewundern sind.

„So wie Hängebauchschweine, Rüsselkäfer und Riesenflugbeutler (um nur ein paar beim Namen zu nennen), ist auch die Gattung Mensch von der wahnwitzigen Idee befallen, das Maß aller Dinge zu sein – ja selbst eine krönende Position einzunehmen!“ So leitet der in Niederösterreich lebende Illustrator und freie Zeichner Bruno Haberzettl seinen Karikaturesammelband „Brunos Tierleben“ ein. Haberzettl gilt als einer der Topkarikaturisten in Österreich,

der mit feiner Technik die Gesichter der prominentesten Österreicher auf Papier bringt. Er erschreckt auch nicht davor zurück, sämtliche Klischees auszureizen und österreichische Lebensweisen auf die Schaufel zu nehmen – und das mit einem einzigartigen Stil. Das Buch des 1965 im niederösterreichischen Horn geborenen Zeichners und Illustrators Bruno Haberzettl ist eine Einladung zum Schmunzeln und ein echter Geschenkipp. ◆

☐ Stk.


Bruno Haberzettl:
Brunos Tierleben
Überreuter, Wien 2010;
160 S., 24,95 €

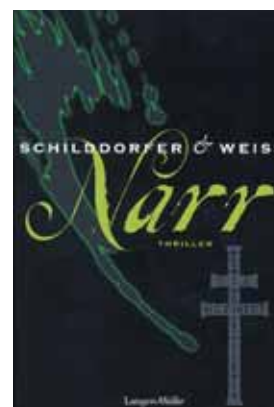
Thriller

Narr

Der neue Thriller des Autorenduos Gerd Schilddorfer und David Weiss nimmt seine Leser mit auf eine Achterbahnfahrt durch Geschichte und Gegenwart.

In einem kleinen österreichischen Weindorf geschieht ein grausamer Mord. Ein Kreuz mit geheimnisvollen Symbolen steht nicht weit vom Tatort entfernt und eine mysteriöse Truhe wirft Fragen auf, die in die Zeit des Wiener Kongresses zurückreichen. Die Ereignisse überschlagen sich: in den nächsten Tagen werden Mitglieder der österreichischen Regierung ermordet. Georg Sina kommt einer Verschwörung auf die Spur, die bereits angezettelt wurde, als

1814 der Wiener Kongress tanzte. Zwischen Wien und Berlin beginnt die Jagd auf vier mysteriöse Dokumente – wer sie besitzt, hält die Macht in Händen. Kann Sina eine Revolution mitten in Europa verhindern? Hervorragend recherchiert garantiert der neue Roman der österreichischen Autoren Schilddorfer und Weiss ein Lesevergnügen für Thrillerfans. Ein Buch, das für Höchstspannung garantiert – von der ersten bis zur letzten Seite. ◆

☐ Stk.


Schilddorfer/Weiss:
Narr
LangenMüller, München 2010;
656 S., 23,60 €

Kriminalroman

All die schönen Toten

Der neue „Inspektor-Jury-Roman“ von Martha Grimes besticht mit geistreicher, britischer und mitreißender Krimi-Roman-Kunst.

Superintendent Richard Jury von der Londoner Metropolitan Police ist wenig erbaut, als er zu einem Tatort gerufen wird, der eigentlich gar nicht in seinem Zuständigkeitsbereich liegt: In dem kleinen Städtchen Chesham wurde eine junge Frau in einem Designerkleid ermordet aufgefunden. Erschossen. Auf der Terrasse des Dorfpubs. Und es gibt keine Zeugen. Außer vielleicht der schwarzen Katze des gleichnamigen Pubs. Aber diese schweigt

sich aus und verschwindet schließlich ganz. Ohne Zeugen, ohne konkrete Hinweise und ohne die Identität der Toten zu kennen, muss Jury sich allein auf sein feines Gespür verlassen.

Martha Grimes zählt zu den erfolgreichsten Kriminalautorinnen unserer Zeit. Mit ihren Inspektor-Jury-Romanen, die nach Meinung von Krimiautorin Patricia Cornwell „reinste Poesie“ sind, erlangte sie internationalen Ruhm. ◆

☐ Stk.


Martha Grimes:
All die schönen Toten
Goldmann Verlag,
München 2010; 384 S., 20,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Zur Bestellung

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



SPÖ FRAUEN

16 Tage gegen Gewalt – „Diese Hände schlagen nicht“



Mit einer von SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm initiierten gemeinsamen Aktion aller Parlamentsfraktionen wurde ein deutliches Zeichen gegen Gewalt an Frauen gesetzt.



SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm gemeinsam mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer bei der Abschluss-Aktion der „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ im Parlament.

Am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte und dem offiziellen Ende der internationalen „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“, wurde es in der Säulenhalle des Parlaments farbenfroh: Auf Initiative von SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm, die auch Vorsitzende des Gleichbehandlungsausschusses ist, fand eine gemeinsame Aktion aller Parlamentsparteien statt. Ziel der Veranstaltung war es, ein deutliches Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen. Unter dem Motto „Zeichen setzen – diese Hände schlagen nicht“ schritten die anwesenden Abgeordneten zur Tat und verewigten ihre Handabdrücke mittels Fingerfarben auf einer Plakatwand. Im Rahmen der Aktion sprach sich die SPÖ-Frauensprecherin für eine rechtlich bindende europäische Konvention gegen Gewalt an Frauen aus. „Die gesamte europäische Wertegemeinschaft muss sich in dieser Form zum Kampf gegen Gewalt an Frauen bekennen“, fordert



Fotos: SPÖ Klub

Auch Medienstaatssekretär Josef Ostermayer setzte mit seinen Handabdrücken ein sichtbares Zeichen gegen Gewalt an Frauen.

Wurm. An der Aktion beteiligten sich neben zahlreichen Parlamentariern unter anderem auch Rechnungshofpräsident Josef Moser, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer sowie die Volksanwälte Terezija Stoisits und Peter Kostelka. ♦

STEIERMARK

Aktion „Geschenk-Verzicht“ für Steirer in Not



Die Mitarbeiter der steirischen SPÖ haben die Aktion „Geschenk-Verzicht“ ins Leben gerufen, um in Not geratene Menschen zu unterstützen.

Die Mitarbeiter verzichten in diesem Jahr auf die üblichen kleinen internen Weihnachtsgeschenke. Das dadurch ersparte Geld kommt über die HELPLINE der SPÖ Steiermark bedürftigen Menschen zugute. Die HELPLINE wurde 2009 eingerichtet, um in Not geratenen Menschen zu helfen. „Mit dieser Aktion beweisen unsere Mitarbeiter einmal mehr, dass Solidarität in der SPÖ einen besonderen Stellenwert hat“, freut sich SPÖ-Landesgeschäftsführer Toni Vukan. ♦



SPÖ Stmk

Die Mitarbeiter der SPÖ Steiermark verzichten heuer auf bürointerne Weihnachtsgeschenke und spenden für Steirer in Not.

VOLKSHILFE

Spendenaktion „Armut tut weh“



Mit den Spendengeldern der Volkshilfe-Kampagne „Armut tut weh“ werden Menschen in akuter Armut unterstützt.



Seit 2004 setzt sich Margit Fischer mit der Volkshilfe-Kampagne „Armut tut weh“ für von Armut betroffene Menschen ein.

Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt. Dennoch sind etwa eine Million Österreicher armutsgefährdet, das sind 12,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Volkshilfe setzt sich seit ihrer Gründung 1947 im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung aktiv für betroffene Menschen ein. Mit Aktionen wie „Stop Armut“ und der Kampagne „Armut tut weh“ mit der Schirmfrau Margit Fischer soll die Sensibilität für dieses Thema erhöht und Menschen in Not geholfen werden.

Helfen auch Sie: Spendenkonto: 90.175.000, BLZ 60000



Wir brauchen mehr Europa!

Das Bekämpfen der Wirtschaftskrise ist nicht ausreichend. Europa muss neue Wege beschreiten, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden.

„Ein grundlegendes Problem der EU ist, dass man sich zwar entschlossen hat, eine Währungsunion zu etablieren, aber verabsäumt hat, die Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik zu harmonisieren.“

Die Wirtschaftskrise hat Europa nachhaltig verändert. Der Euro scheint zu wanken, Länder wie Irland, die vor wenigen Jahren noch durch enormes Wachstum glänzten, sind plötzlich auf die Unterstützung der Europäischen Union angewiesen. Der Rettungsschirm, der zuerst Griechenland zugute kam und jetzt Irland vor dem Staatsbankrott bewahren soll, ist umstritten. Wie weit soll die Solidarität innerhalb der Union gehen, wie können Nationalstaaten die Milliardenengargen vor ihren eigenen Bürgern verantworten, sollten derart angeschlagene Länder nicht besser aus der Eurozone ausgeschlossen werden? Die Antwort ist einfach: Wollen wir ein Europa, das auch in Zukunft noch eine starke Stimme nach außen ist, wollen wir gegenüber Ländern wie den USA und China wettbewerbsfähig bleiben, dann müssen wir alles daran setzen, dass die Stabilität im Inneren gewahrt bleibt. Um diese Stabilität nachhaltig abzusichern, braucht es allerdings mehr als Rettungsschirme und kurzfristige Feuerwehraktionen. Es müssen endlich tiefgreifende Reformen erfolgen, das althergebrachte System muss überdacht werden. Ein grundlegendes Problem der Europäischen Union ist, dass man sich zwar entschlossen hat, eine Währungsunion zu etablieren, aber verabsäumt hat, die Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik zu harmonisieren. Gerade am Beispiel Irland zeigt sich, welche Auswirkungen das Fehlen einer harmonisierten Wirtschafts- und Steuer-



Um die Stabilität des gemeinsamen Europas abzusichern, braucht es tiefgreifende Reformen.

erpolitik hat. Jahrelang haben die Iren den Finanzmarkt dereguliert und mit einer sehr niedrigen Körperschaftssteuer von 12,5 Prozent Investoren angezogen. Einige Jahre funktionierte das Modell, bis zu dem Zeitpunkt, als vor allem der Immobiliensektor in Schwierigkeiten geriet und die irischen Banken mit sich riss. Würde man sich in Europa dazu durchringen, Mindeststandards in der Steuer- und Wirtschaftspolitik einführen, könnten solche Fälle zukünftig vermieden werden.

Ebenso wichtig ist für uns Sozialdemokraten die Etablierung einer Sozialunion. Eine Fortschrittsklausel, verankert im Vertrag von Lissabon, soll dafür Sorge tragen, dass Binnenmarkt- und soziale Rechte gleichgestellt werden. Auch im Sozialbereich bedarf es einheitlicher hoher Mindeststandards, einerseits um das Niveau in jenen Ländern mit geringer sozialer Absicherung anzuheben und andererseits um innerhalb Europas Lohn- und Sozialdumping verhindern zu können.

All diese Vorschläge würden bedeuten, dass die Mitgliedstaaten ein wenig Einfluss einbüßen und Kompetenzen abgeben müssten. Ein Gedanke, der vielen Politikern in den einzelnen Mitgliedstaaten missfällt. Es ist jedoch an der Zeit, aus der Krise zu lernen, nationale Egoismen zu überwinden und über den Tellerrand zu schauen. Nur mit Mut und Weitblick kann es uns gelingen, Europa so zu gestalten, dass es auch den zukünftigen Herausforderungen standhält und allen Bürgerinnen und Bürgern die Chance auf Sicherheit und Wohlstand bietet. ♦

Jörg Leichtfried ist Delegationsleiter der SPÖ-Abgeordneten im Europäischen Parlament und Mitglied im Verkehrsausschuss sowie im Ausschuss für internationalen Handel.

LESERBRIEFE

Die PISA-Ergebnisse, die Neue Mittelschule und das Thema Studiengebühren beschäftigten unsere Leser in den letzten Wochen besonders. Zahlreiche Reaktionen erreichten die Redaktion. Hier finden sich einige Zusendungen – teilweise gekürzt – wieder.

Liebe SPÖ,

euer klares Nein zu den Studiengebühren kam postwendend und somit genau richtig. Dass auch die roten Landeshauptleute anfangen bei den Studiengebühren zu zündeln, kann ich nicht nachvollziehen. Meiner Meinung nach brauchen wir mehr Studierende und nicht weniger, um Österreich wirtschaftlich auch in Zukunft sinnvoll positionieren zu können. Studiengebühren, die man wohl gerechtfertigterweise als Hürde bezeichnen kann, sind daher sicher nicht der Weisheit letzter Schluss. Dass sich die Eliten-Partei ÖVP für Gebühren ausspricht, verwundert niemanden. Der „typische“ ÖVP-Wähler kann es sich leisten, seinen Nachwuchs auf die Uni zu schicken, auch wenn er dafür zahlen muss. Für die viel zitierten

kleinen Leute sind zusätzliche Kosten eine unüberwindbare Hürde. Was das für die soziale Durchmischung an unseren Hochschulen bedeuten würde, kann man sich vorstellen. Was ich damit sagen will: Wenn die SPÖ ihr Nein zu den Studiengebühren aufgibt, verabschiedet sie sich von einem ihrer zentralen Grundsätze und wird unglaublich. Das kann sie sich nicht leisten.

Mag. Thorsten Egenbach
Via Mail

An die Redaktion,

PISA-Ergebnisse, bei denen einem die Tränen kommen, Experten-Papiere und klare Bekenntnisse aus der Wirtschaft, von Eltern- und Schülervertreter – an Forderungen nach bildungspolitischen Reformen mangelt es nicht. Einzig und allein die ÖVP steht auf der Bremse, verharrt in einer nie dagewesenen Blockade zum Schaden künftiger Generationen. Wenn 2011 das Jahr der Bildungsreformen werden soll, wie von Bundeskanzler Faymann angekündigt, wird die SPÖ viel Kraft und Überredungskunst brauchen, um den Betonierern in der ÖVP ein Schnippchen zu schlagen. Auf meine Unterstützung könnt ihr zählen, auf die der Mehrheit der Bevölkerung auch.

Helene Fronbacher, Wien

Liebe „SPÖ Aktuell“-Redaktion

Meine beiden Kinder besuchen eine Neue Mittelschule in Wien. Sowohl ich als auch mein Lebenspartner sind in der Elternvertretung engagiert. Ich schreibe also nicht nur aus meiner Perspektive, sondern kenne auch die Erfahrungen, die andere Eltern gemacht haben. Kurz gesagt: Es herrscht Zufriedenheit bei Kindern und Eltern, sowohl über die Ge-

staltung des Unterrichts mit zwei Lehrern als auch über das zusätzliche Förderangebot an den Nachmittagen. Wenn man die Motivation und die Unbeschwertheit sieht, mit der die Kinder in die Schule gehen, kommt einem der Gedanke, dass die Neue Mittelschule nicht mehr viel mit der Schule zu tun hat, die man selber besuchte. Es stellt sich die Frage, warum die ÖVP, trotz durchwegs positivem Feedback auf den Schulversuch und dem ausdrücklichen Wunsch nach Ausweitung der Neuen Mittelschule, weiterhin blockiert. Bis jetzt hat mich noch kein Argument aus den ÖVP-Reihen überzeugen können. Ich habe mich daher entschlossen, mich an dem Volksbegehren von Herrn Androsch zu beteiligen, um Bildungsministerin Schmied zu unterstützen. Hoffentlich kann so auch die ÖVP endlich überzeugt werden.

Stefanie Werber, Wien

Sehr geehrte Damen und Herren

Zum Jahresende kommt die Zeit der Jahresrückblicke. Und wenn man sich die Ergebnisse von 2010 anschaut, muss man sagen, dass die Regierung gar nicht so schlecht ist. Immerhin sind wir solide durch die Krise gegangen, was man von anderen europäischen Staaten nicht immer behaupten kann. Das Krisen-Budget ist – vor allem im Europa-Vergleich – verkraftbar. Bleibt nur zu sagen: Viel Erfolg für das Jahr 2011!

Manfred Heurer

Sehr geehrte Leserinnen und Leser!
Wir freuen uns über Ihre Reaktionen!
Ihre Leserbriefe bitte per Post an „SPÖ Aktuell“, Löwelstraße 18, 1010 Wien oder per mail an spoe.aktuell@spoe.at.

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Theresa Aigner, Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner, Christian Novotny, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Fotolia, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt,
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

NET NEWS

www.tierschutzmachtschule.at

Tierschutzaktion: „Keine Tiere unterm Weihnachtsbaum“

Leider werden zu Weihnachten immer noch viele Tiere verschenkt, die dann später im Tierheim landen oder ausgesetzt werden. Damit das kommende Weihnachtsfest auch die Tiere freut, hat Tierschutzminister Alois Stöger zusammen mit dem Verein „Tierschutz macht Schule“ die Aktion „Keine Tiere unterm Weihnachtsbaum – Geschenkideen für echte Tier-

freunde“, gestartet. „Tiere sind kein Überraschungsmitsbringsel. Leider landen jedes Jahr nach Weihnachten besonders viele Hunde, Katzen, aber auch Kaninchen, Reptilien und Vögel im Tierheim“, so Bundesminister Stöger. Auf der Webseite www.tierschutzmachtschule.at werden sinnvolle Geschenkideen für kleine und große Tierfreunde vorgestellt. ♦





Bundeskanzler Werner Faymann...

...verbringt den Weihnachtsabend zu Hause bei seiner Familie. Wie jedes Jahr besucht Werner Faymann mit seiner kleinen Tochter die Kindermette und kocht anschließend für die ganze Familie.

Infrastrukturministerin Doris Bures...

...ist am 24. Dezember zu Gast beim ORF-Aktionstag zugunsten „Licht ins Dunkel“. Den Weihnachtsabend verbringt sie traditionell mit der Familie. Der Weihnachtsbaum wird – auch das ist schon Tradition – von der Ministerin selbst ausgesucht.



Landeshauptmann Franz Voves...

...nimmt am Weihnachtstag bei „Licht ins Dunkel“ teil, danach besucht Voves gemeinsam mit seiner Frau und seiner Mutter seinen Bruder im steirischen Feldbach. Den Weihnachtsabend verbringt der Landeshauptmann im engsten Familienkreis.

